

ASIEN AKTUELL: WAHLEN 2004

Asia's Roaring Tigresses – Frauen an die Macht im Superwahljahr 2004?

Andrea Fleschenberg

1 Überblick: weibliche politische Repräsentation & Partizipation in Asien

In diesem Jahr wurden und werden in neun asiatischen Ländern – Afghanistan, Hongkong, Indien, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Sri Lanka, Südkorea und Taiwan – neue Staats- und Regierungschefs und/oder lokale, nationale Parlamente gewählt. Für 2005 sind zudem Parlamentswahlen in Afghanistan und Thailand geplant. Dabei ist das Superwahljahr 2004 durch ein überraschendes Phänomen gekennzeichnet: die Dominanz von Spitzenpolitikerinnen als Oppositionsführerin auf dem Weg zur Macht oder als amtierende Premierministerin oder Präsidentin auf dem Weg zu einem neuen Mandat. Dabei handelt es sich keineswegs um ein neues Phänomen. Die weltweit erste Premierministerin, Sirimavo Bandaranaike, kam 1960 aus Sri Lanka, der 1966 Indira Gandhi als Premierministerin eines der größten asiatischen Länder, Indien, folgte. Ab den späten achtziger Jahren verdichtetet sich dieser Trend häufiger weiblicher Führung in Asien. Demokratisierungsprozesse werden bis heute maßgeblich von Frauen in Bangladesch (Sheikh Hasina Wajed, Khaleda Zia), Burma (Aung San Suu Kyi), Indonesien (Megawati Sukarnoputri), Malaysia (Wan Azizah Wan Ismail), Pakistan (Benazir Bhutto) und den Philippinen (Corazon Aquino) angeführt.

Aktuell stehen vier Frauen an der Spitze ihres Landes und regieren in Südostasien allein über eine halbe Milliarde Menschen (Reid 2003: 30): Khaleda Zia in Bangladesch, Megawati Sukarnoputri in Indonesien (zumindest bis zum voraussichtlich zweiten und entscheidenden Wahlgang im September 2004), die gerade wiedergewählte philippinische Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo und Chandrika Kumaratunga in Sri Lanka, die mit ihrer Partei ebenfalls vorgezogene Parlamentswahlen im April für sich entscheiden konnte. Nach dem Sieg der indischen National Congress Party in den Parlamentswahlen im Mai dieses Jahres wäre beinahe der gesamte indische Subkontinent unter weibliche politische Führung gekommen. Sonia Gandhi, Parteivorsitzende der National Congress Party, wurde aufgrund ihres Wahlsieges von vielen ihrer Anhänger bereits als die zukünftige Premierministerin der "größten Demokratie der Welt" gehandelt. Sie verzichtete allerdings aufgrund der Anfeindungen und Proteste gegen ihre ausländische und dynastische Herkunft auf das politi-

sche Amt. Damit hat sie, trotz ihrer politischen "Niederlage" um die Amtübernahme, einen moralischen Sieg errungen, der ihre Reputation unter den "kleinen Leuten", dem wahlentscheidenden Elektorat, stärkte. Aber asiatische Frauen stehen nicht nur an der Regierungsspitze ihrer Länder, sondern üben auch als Oppositionspolitikerinnen und Oppositionsführerinnen Einfluss aus:

- Aung San Suu Kyi, die Gewinnerin der letzten freien Wahlen 1990, führt trotz Hausarrest unangefochten die Demokratiebewegung in Burma an;
- Wan Azizah Wan Ismail in Malaysia, die weiterhin im Namen ihres inhaftierten Mannes Anwar Ibrahim die Oppositionsbewegung Reformasi und das oppositionelle Parteienbündnis Barisan Alternatif (Alternative Front) anführt;
- Benazir Bhutto, die ehemalige (zweimalige) Premierministerin Pakistans und Parteichefin der Pakistan People's Party, konnte mit ihrer Partei aus den Parlamentswahlen im Oktober 2002 als stärkste Partei hervorgehen – trotz ihres freiwilligen Exils und ihrer Disqualifizierung als Kandidatin seitens des Musharraf-Regimes;
- Sheikh Hasina, die sich seit nunmehr fast anderthalb Jahrzehnten mit ihrer Erzrivalin Khaleda Zia in Bangladesch im Amt der Premierministerin ablöst und einen erbitterten Oppositionskampf führt;
- Park Geun-hye, die Parteivorsitzende der Oppositionspartei Grand National Party (GNP) und Tochter des ehemaligen "Entwicklungs-Diktators" Park Chung-hee in Südkorea.

Gemeinsam ist allen Politikerinnen ihre demokratische Legitimation, denn jede einzelne von ihnen wurde in Wahlen in ihrem formalen oder informalen Amt bestätigt – ein legitimatorischer Akt, der in dieser Region nicht selbstverständlich ist. Das Phänomen häufiger weiblicher politischer Führung ist zudem auch hinsichtlich der außerordentlich mangelnden Geschlechtergerechtigkeit in diesen Ländern bemerkenswert. Im weltweiten Vergleich zählen die gender-spezifischen Indikatoren Gender-Empowerment Measure (GEM), der die Teilhabechancen von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft misst, sowie der Gender-related Development Index (GDI), der den gender-spezifischen Entwicklungs- und Lebensstandard misst, zu den niedrigsten Werten weltweit:

- GEM: ≈ 0,4 in Südostasien/Pazifik, ≈ 0,28 in Südasien und ≈ 0,4 in Ostasien,
- GDI: ≈ 0,65 in Südostasien/Pazifik, ≈ 0,4 in Südasien und ≈ 0,75 in Ostasien (Ruppert 2001: 125).

Die Diskrepanz zwischen erfolgreicher weiblicher politischer Führung auf der einen Seite und gesamtgesellschaftlich verankertem weiblichen *empowerment* auf der anderen Seite lässt sich außerdem am regionalen Durchschnitt weiblicher Abgeordnete in Parlament und Senat ablesen: 15,5% im Vergleich zu über 18% in Europa und Amerika sowie 39,7% in Skandinavien – weit entfernt von der von den Vereinten Nationen und Frauenorganisationen geforderten 33%-Repräsentationsrate, der so genannten "kritischen Masse" (<http://www.ipu.org/wmn-e/world.htm>, 30.06.04). Dieses gender-bezogene Demokratiedefizit manifestiert sich länderspezifisch noch deutlicher als im regionalen Mittel, wie Tabelle 1 zeigt. Aufgrund fehlender gender-

spezifischer Daten zur Komposition der neuen Legislativen auf den Philippinen und in Sri Lanka sind die Repräsentationsquoten der vorherigen Wahl angegeben. Zu Afghanistan, Hongkong und Taiwan liegen keine Angaben vor.

Tab. 1: Politische Repräsentation von Frauen in Ländern des Wahljahres 2004/2005

Land	Parlament				Senat			
	Wahljahr	Sitze	Frauen	%/ ♀	Wahljahr	Sitze	Frauen	%/ ♀
Afghanistan	06/2005	-	-	-	-	-	-	-
Hongkong/ China	09/2004	-	-	-	-	-	-	-
Indien	04/2004	541	45	8,3%	11/2002	242	25	10,3%
Indonesien	04/2004	550	61	11,1%	-	-	-	-
Malaysia	03/2004	219	20	9,1%	2003	70	18	25,7%
Philippinen	05/2001	214	38	17,8%	05/2001	24	3	12,5%
Südkorea	04/2004	239	39	13,0%	-	-	-	-
Sri Lanka	12/2001	225	10	4,4%	-	-	-	-
Taiwan (Stand 2004)	2001	217	48	22,1%	-	-	-	-
Thailand	01/2001	500	46	9,2%	03/2000	200	21	10,5%

(Eigene Graphik, Quelle: www.ipu.org/wmn-e/world.htm, 30.06.04)

Ein probates Mittel, um zumindest im politischen Bereich das gender-bezogene Demokratiedefizit auszuhebeln, sind Quotenregelungen, die es in unterschiedlicher Ausprägung und Regelungstiefe in fast allen Ländern gibt, in denen 2004/2005 gewählt wird.

- *Afghanistan:* Die neue Verfassung Afghanistans von 2004, deren Wahlsystem auf dem Prinzip der Mehrheitswahl basiert, sieht in beiden Legislativkammern feste Quoten für weibliche Abgeordnete vor. So sollen Frauen mit mindestens 25,6% in der Wolesi Jirga (Parlament) und mit mindestens 17% in der Meshrano Jirga (Ältestenrat) vertreten sein (www.quotaproject.org/country.cfm, 30.06.04).
- *Indien:* Eine gesetzlich verbindliche 33%-Quotenregelung (73. und 74. Verfassungszusatz) ist lediglich für die lokalen Körperschaften (*panchayats*) im indischen Mehrheitswahlsystem vorgesehen. Eine äquivalente Gesetzesinitiative auf den politisch relevanteren regionalen und nationalen Entscheidungsebenen war nicht mehrheitsfähig (www.quotaproject.org/country.cfm, 30.06.04).
- *Indonesien:* Die seit Februar 2003 gesetzlich festgeschriebene Quotenregelung im indonesischen Verhältniswahlrecht sieht vor, dass Parteien in jedem Wahlbezirk 30% ihrer Listenplätze für Kandidatinnen zur Verfügung stellen (www.quotaproject.org/country.cfm, 30.06.04).
- *Philippinen:* Das Parteilisten-Gesetz von 1995 schreibt vor, Frauen auf den Kandidatenlisten der zur Wahl stehenden Parteien zu berücksichtigen. Darüber hinaus sollen 20% aller Sitze im Repräsentantenhaus den Vertretern aus marginalisierten Gruppen der philippinischen Gesellschaft vorbehalten bleiben, worunter auch Frauen subsumiert werden. Eine verbindliche Eindrittel-Frauen-

quote für die nach dem Mehrheitsprinzip gewählten Parlamente und Regierungen ist seit der "Women Empowerment Act"-Initiative vom Anfang der neunziger Jahre bis dato erfolglos auf der politischen Agenda von Frauenorganisationen und Abgeordneten (www.quotaproject.org/country.cfm, 30.06.04).

- *Sri Lanka:* Mehrere Anläufe für verbindliche 25%-Quotenregelungen im Verhältniswahlsystem wurden zwischen 1998 und 2002 unternommen, letztlich jedoch ad acta gelegt. Derartige Klauseln stießen immer wieder auf den Widerstand der tamilischen und muslimischen Parteispitzen aufgrund des angeblichen Mangels an genügend Kandidatinnen (www.quotaproject.org/country.cfm, 30.06.04).
- *Südkorea:* Im Semi-Verhältniswahlsystem sind keine Quoten festgeschrieben. Lediglich die Grand National Party (GNP) hat eine freiwillige Quote von 30% (www.quotaproject.org/country.cfm, 30.06.04).
- *Taiwan:* Die Verfassung sieht für jedes Legislativorgan reservierte Sitze für Frauen vor, aber nicht deren genaue Zahl, sodass deren Zahl zwischen 10% und 25% in den verschiedenen Legislativkörpern schwankt. Sowohl die Democratic Progressive Party (MCT) als auch die Chinese Nationalist Party (KMT) haben seit Mitte/Ende der neunziger Jahre eine freiwillige 25%-Quotenregelung für ihre Kandidatenlisten (www.quotaproject.org/country.cfm, 30.06.04).
- *Thailand:* Es sind keinerlei Quotenregelungen im thailändischen Mehrheitswahl-system kodifiziert; lediglich die Demokratische Partei (DP) strebt eine 30%-Quote für ihre Kandidaten an (www.quotaproject.org/country.cfm, 30.06.04).

Im Bereich politischer Partizipation lassen sich ähnliche Charakteristika des genderbezogenen Demokratiedefizits und der Diskrepanz zwischen einerseits erfolgreichen asiatischen Spitzopolitikerinnen und einer marginalisierten Mehrheit der politisch aktiven Frauen in den jeweiligen Ländern aufzeigen. Bis auf Japan (1993) schaffte es noch keine Frau zur Vorsitzenden eines asiatischen Parlamentes. In nationalen Regierungen stellen Ministerinnen lediglich eine marginale Minorität, wie in Indonesien (5,9%), Südkorea (6,5%) und Thailand (5,7%). Zweistellige Werte verzeichnen lediglich Indien mit 10,1% und Malaysia mit 10% (http://hdr.undp.org/reports/global/2003/pdf/hdr03_HDI.pdf, 30.06.04). Diese gender-spezifische Dichotomie ändert sich außerdem nicht im Bereich des Parteiensystems. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stehen in zahlreichen asiatischen Ländern prominente Politikerinnen an der Spitze von Parteien, bspw.:

- in Bangladesch Sheikh Hasina (Awami League) und Khaleda Zia (Bangladesh National Party),
- in Burma Aung San Suu Kyi (National League for Democracy),
- in Indien Sonia Gandhi (National Congress Party), Jayalalitha (ALADMK), Lakshmi Parvathi (Telugu Desam Party), Mayawati (Bahujan Samaj Party) und Mamta Banerjee (All India Trinamool Congress),
- in Indonesien Megawati Sukarnoputri (PDI-P),
- in Malaysia Wan Azizah Wan Ismail (Keadilan),
- in Pakistan Benazir Bhutto (Pakistan People's Party) und ihre Schwägerin Ghinwa Bhutto (Pakistan People's Party-Shaheed Bhutto),

- in Sri Lanka Chandrika Kumaratunga (SLFP) und Sirimani Athulathmudali (DNULF) (Mahbub ul Haq Human Development Centre 2000: 145) und
- in Südkorea Park Geun-Hye (Grand National Party).

In den Parteien selbst ist die Partizipation von Frauen, was Autonomie, Einfluss und Entscheidungsfindung betrifft, überaus beschränkt. Exemplarisch für die gesamte Region besetzen Frauen bspw. in Bangladesch lediglich 5,1% der parteiinternen Entscheidungsgremien (Mahbub ul Haq Human Development Centre 2000: 145-147). In den neunziger Jahren betrug der effektive weibliche Anteil am Kandidatenpool bei diversen Wahlen in Indien durchschnittlich 6,53%, in Sri Lanka 3,9%, in Bangladesch 1,69% und in Pakistan 1,71% (ebd.: 147). Das heißt, ein *trickle-down*-Effekt von weiblicher politischer Führung und Entscheidungsteilhabe von Partei- und Regierungsebene auf die unteren politischen Ebenen findet nicht statt und wird meist von den Politikerinnen selbst auch nicht angestrebt.

2 Performanz von Spitzenpolitikerinnen im asiatischen Wahljahr 2004/2005

In vielen der zehn asiatischen Länder des Superwahljahres 2004-2005 gehen Frauen als Spitzenkandidatinnen und/oder Amtsinhaberinnen ins politische Rennen. Positiv zu verzeichnen ist, dass selbst in einem bisher frauenfeindlichen soziopolitischen Systemkontext, wie wir ihn bisher in Afghanistan (Taliban-Regime) vorfanden, nunmehr Frauen verfassungsmäßig das aktive und passive Wahlrecht erhalten. Zudem wird in den anstehenden Präsidentschaftswahlen aller Wahrscheinlichkeit nach auch eine Frau kandidieren. Dennoch ergibt sich in den bisherigen Wahlen ein gemischtes Bild weiblicher politischer Performanz, vor allem auch vor dem Hintergrund systematischer weiblicher Unterrepräsentation in den legislativen und exekutiven Körperschaften und intermediären Organisationen, insbesondere auf den politisch relevanten Entscheidungsebenen.

2.1 Indien

In einem Überraschungssieg gewann die indische National Congress Party unter Führung von Sonia Gandhi die Parlamentswahlen im April/Mai 2004. Die von der National Congress Party geführte United Progressive Alliance errang 220 Sitze und die bisher regierende BJP-geführte National Democratic Alliance 185 Sitze (*The Economist*, 22.05.04). Sonia Gandhi wurde im Wahlkampf von ihrem Sohn Rahul, der selbst ein Mandat gewann, und ihrer Tochter Priyanka unterstützt. Im Wahlkampf sah sie sich starken Attacken ihrer politischen Gegner unter Federführung der BJP ausgesetzt, die ihren Führungsanspruch aufgrund ihrer italienischen Herkunft und späten Annahme der indischen Staatsbürgerschaft anzweifelten und drohten, ihre Amtsvereidigung durch öffentliche Proteste und Fernbleiben im Parlament zu boykottieren. Trotz ihres Wahlsieges sowie innerparteilichem und öffentlichem Druck ihrer Sympathisanten gab Sonia Gandhi bekannt, dass sie nicht für das Amt zur Verfügung stehe: "I never wanted to be the prime minister and that was never my intention" (<http://news.bbc.co.uk>, 30.06.04). Als gewählte Abgeordnete werde sie weiterhin politisch aktiv sein und die Partei anführen. Der von ihr nominierte

Kandidat Manmohan Singh, ein ehemaliger Finanzminister, der maßgeblich für die indische Wirtschaftsreform Anfang der neunziger Jahre sorgte, wurde wenige Tage später als neuer indischer Premierminister vereidigt (vgl. Rothermund 2004: 88-89). Singh selbst unterstrich, dass Sonia Gandhi auch in Zukunft eine wichtige politische Rolle innehaben ("It helps having a European mind") – vor allem auch innerhalb der Partei, deren Parteivorsitz sie weiterhin innehat: "It's her stamina, her interaction in Parliament. She has grown with the responsibility and she has been a unifying factor" (IHT, 24.04.04).

2.2 Indonesien

In den Parlamentswahlen am 5. April musste Megawati Sukarnoputris PDI-P empfindliche Stimm- und Mandatsverluste von bis zu einem Drittel im Vergleich zu den Wahlen 1999 hinnehmen (vgl. Daun/Houben 2004: 85-86) und wurde somit nur zweitstärkste Partei nach GOLKAR, der ehemaligen Regierungspartei von General Suharto (bis 1998). Gründe waren ihr Versagen, die Wirtschaft zu beleben, die sozialen Notstände und die grassierende Korruption zu beheben. Der Ausgang der Parlamentswahlen hat neben ihrem öffentlich perzipierten Versagen als Präsidentin zudem ihre Chancen als Präsidentschaftskandidatin der am 5. Juli abgehaltenen ersten direkten Präsidentschaftswahlen gegenüber aussichtsreicheren (militärischen) Mitbewerbern wie General a.D. Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) verringert (vgl. Esderts 2004). So konnte dieser den ersten Wahlgang mit 33,5% der abgegebenen Stimmen deutlich für sich entscheiden und liegt damit fast 7% vor der Amtsinhaberin (26,6%) bzw. über 11% vor seinem aussichtsreichsten männlichen Rivalen General Wiranto (22,2%) (<http://news.bbc.co.uk>, 27.07.04). Die als weitgehend frei und fair eingestufte erste Direktwahl eines/r indonesischen Präsident/in wird somit in den erwarteten zweiten Durchgang am 20. September 2004 gehen.

2.3 Malaysia

Aufgrund der erwartungsgemäß sehr kurzfristigen Bekanntgabe des Wahltermins, der die regierende Partei von Premierminister Badawi, neben dem Öffentlichkeitsmonopol, in eine wahlstrategisch günstigere Position versetzte, waren die Wahlkampfaktionen auf eine denkbar knapp bemessene Zeit beschränkt. Dies trug sicherlich zusätzlich dazu bei, dass sowohl die von Wan Azizah Wan Ismail angeführte Partei Keadilan wie auch ihre Oppositionskoalition Barisan Alternatif im Vergleich zu den Wahlen von 1999 erhebliche Stimmenverluste hinnehmen musste. Die Mandate der Oppositionsparteien – inklusive der Democratic Action Party (eine Ab-splitterung der Barisan Alternatif) – fielen von 45 (43,5%) in 1999 auf 21 (33,6%) Parlamentssitze in 2004. Dabei traf dies insbesondere Keadilan, welche nur noch ein Viertel (1 von vormals 5 Mandaten) der bisherigen Sitzstärke sichern konnte. Dieses Mandat gewann bezeichnenderweise Wan Azizah selbst und zwar im ehemaligen Wahlbezirk ihres inhaftierten Ehemannes Anwar Ibrahim.

2.4 Philippinen

Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo ist mit einem geringen Stimmenvorsprung von etwas über einer Million Stimmen im Amt bestätigt worden. Dabei sollte allerdings nicht vergessen werden, dass auch Fidel Ramos 1992 lediglich mit einer Million Stimmen mehr gewählt wurde (FEER, 03.06.2004). Nach Daten des philippinischen Kongresses ergab sich folgende Stimmenverteilung: bisherige Amtsinhaberin Macapagal-Arroyo 12.905.808 Stimmen, ihr aussichtsreichster Herausforderer, der ehemalige Filmstar Ferdinand Poe, 11.782.232 Stimmen und, deutlich abgeschlagen, die anderen Kandidaten Lacson, Roco und Villanueva, die im zahlenmäßigen Vergleich lediglich zusammen ca. zwei Drittel der Stimmenanzahl der Wahl gewinnerin auf ihr Konto verbuchen konnten (www.congress.gov.ph, 20.06.04). Bei der Wahl zum Vizepräsidenten setzten sich ebenfalls die beiden Kandidaten von Macapagal-Arroyo (de Castro mit 15.100.431 Stimmen) und Poe (Legarda mit 14.218.709 Stimmen) durch, die beide erheblich mehr Stimmen (ca. 2,5 Mio.) auf sich vereinigen konnten als ihre beiden *running mates* (www.congress.gov.ph, 20.06.04). Die Wahlergebnisse wurden trotz anhaltender Proteste am 24. Juni nach einer die ganze Nacht andauernden Debatte offiziell vom Kongress bestätigt (*The Economist*, 26.06.04). Nach dem Wahltag wurden Vorwürfe wegen gewalttätiger Vorfälle während des Wahlkampfes (115 Tote), des Wahlprozederes und Wahlunregelmäßigkeiten geäußert und eine erneute Stimmensauszählung durch Ferdinand Poe und seine Partei gefordert (*The Economist*, 15.05.04; *taz*, 13.05.04). In ihrer ersten *state-of-the-nation-speech* im Kongress verteidigte sie nicht nur den Rückzug philippinischer Truppen aus dem Irak als Reaktion auf die Entführung von Angelo de la Cruz, sondern kündigte darüber hinaus an, dringend notwendige Wirtschaftsreformen (u.a. Reduzierung des Staatsdefizits, Schaffung von sechs Millionen neuen Arbeitsplätzen) in ihrer zweiten, sechsjährigen Amtszeit durchzuführen (<http://news.bbc.co.uk>, 27.07.04).

2.5 Sri Lanka

Zu Beginn des Jahres 2004 kam es zu einem politischen Machtkampf zwischen der in einer Kohabitation regierenden Präsidentin (SLFP) und ihrem Premierminister Ranil Wickramasinghe (UNP), welcher über die Frage des weiteren Verlaufes der Friedensverhandlungen entbrannte. Chandrika Kumaratunga entließ die Mehrheit des Regierungskabinetts und rief vorgezogene Neuwahlen aus, die am 2. April verhältnismäßig frei und fair stattfanden. Als Parteivorsitzende und Frontwahlkämpferin konnte sie ihrer Partei insgesamt 105 von 225 Sitzen sichern, wobei eine Koalitionsbildung mit kleineren Parteien wie der JVP für eine stabile Regierungsmehrheit notwendig wurde. Der neue Premierminister Mahinda Rajapakse kommt nun aus ihrer eigenen Partei, womit Chandrika Kumaratunga ihre eigene Machtposition sicherlich auszubauen vermochte.

2.6 Südkorea

Park Geun-hye wurde im März 2004 als erste Frau seit dreißig Jahren wieder zur Vorsitzenden einer südkoreanischen Partei gewählt. Durch das Amtsenthebungsver-

fahren gegen den progressiven Präsidenten Roh Moo-hyun musste ihre Grand National Party bei den Parlamentswahlen im April 2004 Verluste (von 137 auf 121 Sitze) hinnehmen, wohingegen die dem Präsidenten nahestehende Uri Party die Anzahl ihrer Sitze (von 49 auf 152 Sitze) mehr als verdreifachen konnte (<http://times.hankooki.com/special/electionresults.htm>, 30.06.04). Park Geun-hye wird daher mit ihrer Partei, die sie von Grund auf reformieren und vom Image einer korrupten Partei befreien will, weiterhin in der Opposition verbleiben (*The Korean Herald*, 25.03.04: 3).

3 Fazit

Bisher schnitt die Mehrzahl der zur Wahl angetretenen Spitzenpolitikerinnen im ersten Halbjahr 2004 gut ab und konnte zumeist ihr Amt verteidigen (Chandrika Kumaratunga, Sonia Gandhi, Gloria Macapagal-Arroyo). Allerdings zeichnet sich kein *trickle-down*-Effekt von der obersten Regierungsebene auf die legislativen Körperschaften ab. Zudem mussten die beiden bisher zur Wahl stehenden Oppositonspolitikerinnen Wan Azizah Wan Ismail und Park Geun-hye aus unterschiedlichen Gründen empfindliche Verluste einstecken. Für die in 2004-2005 weiterhin anstehenden Wahlen ist keine Trendwende bei der politischen Unterrepräsentation und marginalen politischen Partizipation von Frauen zu erwarten; Ausnahmefall könnte aufgrund der neuen Quotenregelung eventuell Afghanistan werden.

Bibliographie:

- Daun, Beatrice / Houben, Vincent 2004: "Wahlen in Indonesien – Ergebnisse und Aussichten", in: *ASIEN*, Nr. 92/Juli 2004, S. 84-87
Derichs, Claudia / Thompson, Mark 2003: *Dynastien und politische Führerinnen in Asien*, Project Discussion Paper Nr. 1/2003, Duisburg/Nürnberg-Erlangen, <http://www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISSLinstitut/mitarbeiter/Dynasties/> (27.07.04)
Esderts, Hans J. 2004: *Wahlen in Indonesien*, Jakarta: Friedrich-Ebert-Stiftung
Fleschenberg, Andrea 2004: *Paradoxies and Anomalies. Female political participation and engendered development*, Project Discussion Paper Nr. 2/2004, Duisburg/Nürnberg-Erlangen, <http://www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISSLinstitut/mitarbeiter/Dynasties/> (27.07.04)
Mahbub ul Haq Human Development Centre 2000: *Human Development in South Asia 2000. The Gender Question*, Karachi: Oxford University Press
Reid, Anthony 2003: "Charismatic Queens of Southern Asia", in: *History Today*, Juni 2003, S. 30-35
Rothermund, Dietmar 2004: "'Landslide': Surprising Results of the Elections in India", in: *ASIEN*, Nr. 92/Juli 2004, S. 87-89
Ruppert, Uta 2001: "Frauen- und Geschlechterpolitik", in: Hauchler et al. (Hrsg.), *Globale Trends 2002*, Frankfurt a.M.: Fischer, S. 112-131

Internetquellen (Stand: 30.06.04):

- http://hdr.undp.org/reports/global/2003/pdf/hdr03_HDI.pdf
<http://times.hankooki.com/special/electionresults.htm>
www.asienhaus.de/wahlen2004
www.congress.gov.ph
www.economist.com
[www.feer.com, www.iht.com, www.taz.de](http://www.feer.com, http://www.iht.com, http://www.taz.de)
www.ipu.org/wmn-e/world.htm
www.news.bbc.co.uk
www.quotaproject.org/country.cfm